



**Survival International
Deutschland e.V.**

Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Tel: 030 722 93 108
Fax: 030 722 97 322

info@survivalinternational.de
www.survivalinternational.de

**Die weltweite Bewegung für
die Rechte indigener Völker**

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 28. November 2014

Betreff: Treffen mit Hailemariam Desalegn

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

ich schreibe Ihnen bezüglich Ihres geplanten Treffens mit dem äthiopischen Ministerpräsidenten Hailemariam Desalegn am 3. Dezember 2014.

Survival International ist zutiefst besorgt über die Situation indigener Völker im Unteren Omo-Tal in Äthiopiens Region der südlichen Nationen, Nationalitäten und Völker.

Derzeit entsteht am Omo-Fluss der kontroverse Staudamm Gibe III. Wenn der Damm nächstes Jahr planmäßig in Betrieb genommen wird, wird er für immer die natürlichen Überflutungszyklen beenden, auf die die dortigen indigenen Völker zum Anbau ihrer Nahrungsmittel angewiesen sind. Sowohl die Europäische Investitionsbank, die Afrikanische Entwicklungsbank als auch die italienische Regierungen haben sich gegen eine Finanzierung des Staudamms entschieden; auch haben sie ihre Sorge ausgedrückt über mangelnde Transparenz beim Ausschreibungsprozess, das Fehlen vorheriger und unabhängiger Studien zur Abschätzung sozialer und ökologischer Folgen und den Mangel an Konsultation mit den betroffenen indigenen Gemeinden.

Die äthiopische Regierung hat zudem im Unteren Omo-Tal ein Programm zur Zwangsumsiedlung vieler indigener Völker von ihrem Land begonnen, auf dem die Regierung großflächige staatliche Zuckerrohrplantagen entwickelt. Zudem verpachtet sie für den Anbau von Cash Crops wie Baumwolle und Palmöl indigenes Land an private Investoren aus dem In- und Ausland.

Die indigene Bevölkerung wurde zu den kommerziellen Plantagen nicht konsultiert, obwohl Äthiopiens Verfassung das Recht der Völker auf „volle Konsultation“ fest schreibt. Das Recht indigener Völker, ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung zu sie betreffenden Projekten zu erteilen oder zu verweigern, ist zudem ein zentrales Prinzip der UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker.

Survival International liegt eine Kopie des *Villagization Plan for South Omo* vor, den äthiopische Behörden 2012 erstellten und versuchten geheim zu halten.

**Gegründet in England 1969
Alternativer Nobelpreis 1989**

Spendenkonto:
IBAN: DE39 1002 0500 0001 2105 00
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft

Der Plan enthüllt, dass faktisch alle indigenen Bodi und Mursi, sowie Tausende Dassenach und Nyangatom, in Dörfern angesiedelt werden sollen, scheinbar ohne sich um vorherige Zustimmungen zu bemühen. Der Plan erläutert stattdessen die „feste Entschlossenheit“ der Regierung, „nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten, indem die Lebensweise der Viehhalter-Gemeinden verändert wird“. Der Plan erklärt weiter die Notwendigkeit einer „kulturellen Transformation“. Dass viele der Gemeinden am Unteren Omo gar keine Änderung ihrer Lebensweise oder „kulturelle Transformation“ wünschen, spielt dabei keine Rolle.

Deutschland ist ein wichtiger Geber Äthiopiens. Schon mehrfach hat Survival die Problematik der Zwangsumsiedlungen gegenüber dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Auswärtigen Amt sowie gegenüber Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments zur Sprache gebracht. Der Plan der äthiopischen Regierung ist mit keinem der Prinzipien aus den *Good Practice Guidelines and Principles Regarding Resettlement* vereinbar, die die Development Assistance Group (DAG) – zu der auch Deutschland gehört – ein Jahr zuvor vorbereitet hatte, scheinbar um genau die Situation zu verhindern, die die äthiopische Regierung nun am Unteren Omo erzeugt hat.

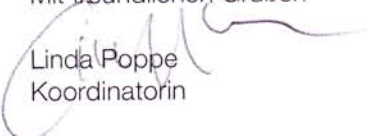
Derweil unterdrückt die äthiopische Regierung Protest und Kritik, indem sie Indigenen-Organisationen in der Region schließt und mit Gewalt und Einschüchterung jeden Protest von Gemeinden beendet, die ihr Land nicht verlassen wollen.

Survival und andere Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch haben zahlreiche schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen wie Schläge, Vergewaltigungen, willkürliche Festnahmen und Haft dokumentiert.

Wir und viele Anthropologen und Wissenschaftler, die Jahrzehnte in der Region gearbeitet haben, fürchten, dass sich vor unseren Augen eine humanitäre Krise entwickelt, bei der sich einst selbstversorgende indigene Völker in Namen von „Entwicklung“ vertrieben werden und in Lagern auf Almosen der Regierung warten müssen. Weil die Ressourcen immer knapper werden, könnten auch Spannungen zunehmen und damit ethnische Konflikte entstehen.¹

Da Deutschland einer der wichtigsten Geber Äthiopiens ist, bitten wir Sie, unsere Sorgen um Landraub und die Verletzung der Land- und Menschenrechte der indigenen Völker im Omo-Tal zur Sprache zu bringen und jede weitere Hilfe von zufriedenstellenden Zusagen abhängig zu machen, dass diese Hilfe nicht direkt oder indirekt für Zwangsvertreibungen eingesetzt wird, sondern nur für Programme, in denen die Gemeinden tatsächlich konsultiert wurden. Wenn Deutschland dies nicht tut, mag es bald selbst zu denjenigen zählen, die für das humanitäre Desaster verantwortlich sind, dass sehr wahrscheinlich auf die Zwangsumsiedlungen im Unteren-Omo folgen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Linda Poppe
Koordinatorin

¹ <http://www.survivalinternational.de/nachrichten/9145>